

Wien, am Freitag, den 21. Dezember 1928 dritte Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 21. Dezember 1928

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde
wien für das Jahr 1929.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 6 Uhr die Sitzung. Der Wiener Gemeinderat setzt die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftswesen fort. Als nächster Redner spricht

GR. Dr. Hengl (E.L.) erklärt, dass die Steuerkraft der Wiener Landwirtschaft unbedingt erhalten bleiben möge. Die Wiener Landwirtschaft, wie auch die Wiener Weinbauer geniessen aber keine wie immer geartete Unterstützung von Seiten der Gemeinde Wien. Gemeinderat Hengl betreibt die Fichtung einer Musterkellerei im Wiener Weinbaugesbiet und beantragt den amtsführenden Stadtrat zu beauftragen, dem Wiener Landtag binnen vier Wochen eine Gesetzesvorlage über den Verkehr mit Direktträgerreben zu unterbreiten, wobei der Entwurf des österreichischen Weinbauausschusses natürlich zu berücksichtigen ist. Was den Rathauskeller betrifft, so hat es die Mehrheit so weit gebracht, dass dieser für den Wiener Weinbau so wichtige Keller abgestossen werden musste. Herr Mentasti hat seine Stellung als Weineinkäufer aufgeben müssen und es wäre auch interessant, ob er auch lohnbefriedigt entlassen worden ist. Man hätte erwarten sollen, dass wenigstens dem Uebernehmer Bindungen wegen der Provinienz der zum Verkauf und Ausschank kommenden Weine auferlegt worden wäre. Das ist natürlich nicht geschehen, weil an der Weinbautreibenden Bevölkerung gar kein Interesse hat. Gemeinderat Hengl beklagt sich sodann über die weit reichere Dotierung des Kleingartenwesens für das eine Post von 311.000 Schilling eingesetzt ist, während für die Wiener Landwirtschaft nur 5000 Schilling eingesetzt sind und beantragt, die Post „Förderung der Landeskultur“ auf 50.000 Schilling zu erhöhen, sowie die landwirtschaftliche Hauptkörperschaft Wiens zur Einsendung einer ^{die} verschiedenen Gruppen der Wiener Landwirtschaft umfassenden Verwendungsplans zu veranlassen, welcher Plan weitgehend zu berücksichtigen ist. Ferner beantragt er, den amtsführenden Stadtrat zur Vorlage eines Elementarschadengesetzes binnen acht Wochen zu beauftragen, wobei die Grundsätze des entsprechenden niederösterreichischen Gesetzes weitestgehend zu übernehmen sind. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GRin. Schlösinger (E.L.) begrüsst es, dass im Voranschlag dieser Gruppe zum erstenmal ein Schulneubau, nämlich der Bau der Schule in Kagran aufscheint. Nur wurde dieser Schulbau etwas zu spät in Angriff genommen. Die Rednerin beklagt sich über die laxer Reinigung der Schulen, die Sparmassnahmen bei der Heizung und über die unzureichende Lüftung. Sie beantragt, die im Schulgebäude VIII., Lehen-gasse 19 zu Zwecken der Jugendherberge verwendeten Klassenzimmer für den Unterricht frei zu machen und die Herberge anderswo unterzubringen. Sie führt Klage über die zu häufigen Umschulungen der Kinder, über die Zusammenlegung von Klassenzügen, was zur Folge hat, dass die begabten Kinder durch die minderbegabten aufgehalten werden und dass die minderbegabten nicht mitkommen. In den Schulen fehlt es an den notwendigen Lehrmitteln. Die Lehrmittel der aufgelösten Schule in der Stumpfergasse wurden z.B. auf drei Schulen verteilt. Gemeinderätin Schlösinger

stellt den Antrag, die Volks- und Hauptschulen mit den für den katholischen Unterricht vorgeschriebenen Diözesan-Gebetbüchern sowie mit Klassenlektüre für den katholischen Religionsunterricht zu versorgen und kritisiert sodann eine Reihe der in den Schulen zur Verwendung gelangenden Bücher, so ein Buch über den naturkundlichen Unterricht, das aus lauter Fragen und Aufgaben besteht und das Regel- und Wörterverzeichnis, das überaus schwerfällig verfasst ist und eine Menge von Fremdwörtern enthält, die nicht einmal ein Erwachsener braucht. Einer eingehenden Kritik unterzieht sie die beiden Populärbücher, die nichts anderes als Geschichtsfälschungen und Parteipolitik enthalten. Ein Buch, das den Kindern die Liebe zur Republik beibringen soll, müsste ganz anders aussehen. Die Kaiser werden als Lumpen und Trottel hingestellt und gezeigt, wie dumm die Untertanen waren, die sich diesem Regime gefügt haben. Es wird auch viel von der Speichelleckerei gegenüber den Regenten erzählt, aber die Verfasser dieser Bücher leisten sich an Speichelleckerei der Boten Gemeinde gegenüber nicht wenig. Die Bücher erhalten revolutionäre Gedichte und auch Gedichte, die Hass gegen die Religion ausdrücken. Einer der tonangebenden Schriftsteller ist der Herr Kanitz, der Führer der Kinderfreunde, der in einer Versammlung der Arbeiterjugend einmal gesagt: die Bereitschaft für die kommenden Revolutionen muss unserer Arbeit die Richtung geben. Derartige Bücher zu schreiben ist eine Beschmutzung unseres Vaterlandes und Kindern solche Bücher in die Hand zu geben, ist geradezu ein Verbrechen. Rednerin stelle daher den Antrag, dass Einführung neuer Lehr- und Lesebücher in öffentlichen Schulen das Recht der Lehrerschaft auf Mitberatung durch die Lehrerkonferenzen zu wahren ist. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Preyer (E.L.) verlangt, dass von den Schlachthöfen und Märkten die Parteipolitik ferngehalten werden möge. Die parteipolitisch zeigt sich vor allem auch bei Vergebung von Ständen. Das Lagerhaus bereitet der Gemeinde seit der Entlassung des tüchtigen Fachmannes Nübel, grosse Sorgen. Man hat den Direktor Nübel ganz grundlos entlassen. Wir sind durchaus nicht der Auffassung, dass jetzt die Sicherheit geboten ist, dass die Situation im Lagerhaus sich bessern wird. Eine wirkliche Besserung kann erst dann eintreten, wenn dieses Unternehmen nur vom fachlichen Gesichtspunkt geleitet wird. Ueber das Lagerhaus wird auch verschiedenes geredet. So soll der Betriebsratsobmann Kasperek in einer Versammlung der Lagerhausbediensteten gesagt, haben, dass im nächsten Jahr aus diesem Betrieb eine Aktiengesellschaft gebildet wird. Die Minderheit hat das Recht, darüber lückenlos informiert zu werden.

Redner bespricht dann das Fortbildungsschulwesen und führt Beschwerde, dass dort Rekrutenschulen für die sozialdemokratischen Gewerkschaften bestehen. Auch werden sozialdemokratische Parteizeitungen verbreitet, insbesondere das Kleine Blatt. Die Fortbildungsschule soll der Ausbildung tüchtiger fachlicher Arbeiter dienen und nicht der parteipolitischen Verhetzung. (Beifall bei der Minderheit)

Gemeinderat Witzmann (Soz. Dem.) erklärt, dass auf dem Gebiet des Marktwesens von der neuen Verwaltung sehr viel geleistet worden ist. Es wurden die bestehenden Märkte ausgestaltet und neue Anlagen geschaffen. Mit besonderem Nachdruck muss die Gemeinderatsmehrheit sich gegen den demagogischen Kniff der Opposition verwahren, der darin besteht, dass immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, die städtischen Marktgebühren verteuern die Waren. Ein Vergleich mit den Gebühren der Vorkriegszeit beweist die Unsinnigkeit dieser Behauptung. Im Jahre 1914 war ein 400 Kilogramm schweres Rind mit

12 S 13 g städtischer Gebühren belastet, die gegenwärtige Belastung ist nur 10 S 14 g. Das Kilogramm Rindfleisch wies 1914 eine Belastung von fünf Groschen auf, gegenwärtig von nicht ganz vier Groschen. Eine geradezu wahnsinnige Steigerung weisen aber die staatlichen Gebühren auf. Im Jahre 1914 betragen die staatlichen Gebühren und Steuern für ein Rind mit 400 Kilogramm 20 S 45 g, jetzt für ein inländisches Rind 34 S 40 g und für ein ausländisches gar 73 S 37 g. Alle Gebühren der Gemeinde für ein Fettschwein beliefen sich im Jahre 1914 auf 6 S 85 g, sie betragen gegenwärtig nur 4 S 81 g. Das Kilogramm Schweinefleisch war vor dem Krieg mit 5 S 14 g städtischer Gebühren belastet, jetzt sind es nur 4 S 28 g. Auch hier muss die starke Steigerung der staatlichen Gebühren festgestellt werden. Der Staat hat vor dem Krieg für ein Fettschwein 5 S 82 g eingehoben, heute betragen die Gebühren 15 S 62 g. Für die Benützung der Kühlräume mussten im Jahre 1914 jährlich 100 S 80 g bezahlt werden. Die erhöhte Gebühr, die am 1. Jänner 1929 in Kraft tritt, beträgt nur 60 S. Dies musste einmal aufgezeigt werden, um die Lächerlichkeit der Behauptung, dass die Gemeinde die Lebensmittel durch ihre Gebührenpolitik, verteuert, zu beweisen. Wenn hier von einer Verteuerung gesprochen werden kann, dann trifft vor allem die Regierung die Schuld, die durch die schlechte Zoll- und Handelspolitik, und durch die hohen Frachtsätze die Teuerung verschärft. (Beifall bei der Mehrheit).

GR HÖPPELER (E-L) erklärt, dass die Aufmerksamkeit, die die heutige Mehrheit dem Schulwesen entgegenbringt, auch nicht rannähernd mit jener Sorgfalt verglichen werden kann, die die seinerzeitige christlichsoziale Mehrheit dem Schulwesen hat abgedeihen lassen. In den 23 Jahren der christlichsozialen Verwaltung wurden nicht weniger als 105 Schulen erbaut und insbesondere der innere Schulbetrieb hat die grösste Sorgfalt erfahren. Die Pflege die die heutige Mehrheit dem Schulwesen angedeihen lässt lässt sehr viel zu wünschen übrig. Der Redner führt dann Beschwerde über den Zustand von Tafeln, Turnsäulen, Reisküngen, der Kreide, der Tafelbücher, der Schulhefte und der Schulbänke. Insbesondere im inneren Schulbetrieb wütet eine unbegreifliche Sparsamkeit die nicht streng genug gerügt werden kann. Gemeinderat Höppeler protestiert dagegen, dass wie im vorigen Jahre die Beethovenfeier heuer die Schubertfeier im Auftrag der Arbeitsgemeinschaften der Obmänner der Elternvereine im Arbeiterheim abgehalten wurden. Christliche Lehrer und Katecheten wurden gezwungen ins Arbeiterheim zu gehen. Jede Schule wurde verpflichtet, wa für diese Schubertfeier 25 S zu zahlen und der Skandal war so gross, dass sich sogar der Obmann des Zentrallehrervereins in Ottakring dagegen gewendet hat. Zum Schlusse beschwert sich Gemeinderat Höppeler, dass trotz der Vergrösserung der Schülerzahl in Ottakring die Schulen nicht vermehrt werden und wendet sich gegen die Benützung der Schulen zu partipolitischen Zwecken. (Beifall bei der Einheitsliste).

Stadtrat Kokrda erwidert auf die Bedenken des Vizebürgermeisters Hoss, wegen Ausgestaltung der Grossmarkthalle, dass der Platz der heutigen Grossmarkthalle sich für diesen Zweck ausserordentlich günstig erweist mit Rücksicht darauf, dass die meisten Zufahren vom Norden kommen und die Verbindung vor der Nordbahn zu diesem Platze sehr gut ist. Die Schwierigkeiten für die Wahl eines anderen Platzes sind ausserordentlich grosse. Was die Aufforstungen betrifft, so waren in den zwei vorhergehenden Jahren hierfür deshalb höhere Beträge eingestellt, weil die wildgeschlängerten Weile des Wienerwaldes wieder aufgeforstet wurden. Zu den Vorwürfen des Gemeinderats Hengl wegen Vernachlässigung der Landwirtschaft in Wien, bemerkt Stadtrat Kokrda, dass es an sich schon schwer sei, für die "Landwirtschaft" in Bundeslande Wien eine Lanze zu brechen und die Wiener Landwirtschaft gar mit der Landwirtschaft in anderen Bundesländern zu vergleichen. Jeder

Landwirt von Bräussen wäre wahrscheinlich noch gegen eine Aufzählung bereit, sein Anwesen mit einem Anwesen in Wien zu vertauschen. Den Antrag Hengl wegen Erhöhung der Dotationen der Landeskultur, beantragt Stadtrat Kokrda abzulehnen, die übrigen Anträge Hengls der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen. Sodann antwortet Stadtrat Kokrda auf die vorgebrachten Schulbeschwerden und macht darauf aufmerksam, dass die Beschwerden wegen der Schulbücher, wegen Verwendung der Schulräume und der Schulgebäude in die Kompetenz des Stadtschulrates gehören. Soweit es sich um die sachlichen Forderungen der Schulen handelt, sind nur ganz wenige Beschwerden im Laufe des vergangenen Jahres an die zuständigen Stellen eingelangt und allen Beschwerden wurde nachgegangen. Die Vorwürfe wegen parteipolitischer Vergabung der Stände auf den Märkten weist Stadtrat Kokrda mit der Aufforderung zurück, in die Parteizugehörigkeit der Ständehaber bekanntzugeben. Dann würde es sich wahrscheinlich erweisen, dass viel weniger der sozial demokratischen Partei, als der christlichsozialen Partei angehören. Den Minderheitsantrag Rummelhardt, die Stände auf den Märkten an bodenständige Firmen oder Gewerbetreibende zuzuweisen, lehnt Stadtrat Kokrda unter Hinweis darauf ab, dass unter der gegenwärtigen Verwaltung viel mehr Stände am Bodenständigen zugewiesen werden, als unter der früheren Verwaltung, ebenso lehnt er den Minderheitsantrag Rummelhardt wegen Auflassung des pädagogischen Instituts ab, da ein solcher Antrag vom Stadtschulrat gestellt werden müsste. Den Antrag Schlössinger wegen Heranziehung von Lehrerkonferenzen der Einführung neuer Lehrbücher, empfiehlt Stadtrat Kokrda abzulehnen, da ohnedies heute schon so vorgegangen werde, die übrigen Anträge empfiehlt er der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe VI wird angenommen. Die im Laufe der Debatte gestellten Anträge gemäss dem Vorschlage des Berichterstatters, der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, beziehungsweise abgelehnt.

Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Allgemeine Angelegenheiten leitet amtsführender Stadtrat Linder mit einem Bericht ein: Der Voranschlag für die Gruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten erfordert 15'32 Millionen Schilling. Die Einnahmen betragen 1'52 Millionen Schilling, sodass sich ein Nettoerfordernis von 13'80 Millionen Schilling ergibt. Dieses Erfordernis bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 1'19 Millionen Schilling. Die ausschlaggebende Post im Budget dieser Verwaltungsgruppe ist das Feuerlöschwesen, das rund siebzig Prozent aller Ausgaben beansprucht. Das Feuerlöschwesen erfordert insgesamt 9'59 Millionen Schilling und hat gegenüber dem Vorjahr ein Mehrerfordernis von rund fünfhunderttausend Schilling. Die Investitionen bei der Feuerwehr machen 1'28 Millionen Schilling aus. Für die Verbesserung der Geräte ist der Ersatz von 19 Geräten vorgesehen und ausserdem die Erwerbung einer Magirusleiter. Für die Ausgestaltung und Instandhaltung der Telegrafenanlage und Feuermelder ist der Betrag von 1'37 Millionen Schilling eingestellt. Mit dem Ausbau der Feuerwachen Am Steinhof, Cobenzlgasse, Wisgandgasse und Rafaelgasse ist der grösste Teil der Reform des Feuerlöschwesens durchgeführt. Das Sicherheitswesen, das rund 213.000 Schilling erfordert, hat gegenüber dem Vorjahr ein Mehrerfordernis von rund 34.000 Schilling. Dieses Mehrerfordernis wird zum Teil durch die erhöhte Zahl der Zuschüsse von Schülern und der dadurch bedingten erhöhten Kosten erklärt. Desgleichen ist in der Anstalt Wiener Neudorf eine Erhöhung der Verpflegengebühren eingetreten. Die Baupolizei hat ein Mehrerfordernis von rund 15.000 Schilling, das durch den Ankauf von Maschinen und Apparaten für die Baustoffprüfung entstanden ist. Die Baustoffprüfung erfolgt nicht allein für Bauten der Gemeinde Wien, sondern es kann erfreulicherweise festgestellt werden, dass auch private Bauherren die Baustoffe bei der städtischen Baustoffprüfungsanstalt überprüfen lassen. Die Gemeindefeuerwehr hat ein Mehrerfordernis von rund 715.000 Schilling, was auf die am 25. Juni durchgeführte Bezugsregelung zurückzuführen ist. Das Budget

ist für einen Personalstand von tausend Personen berechnet. Die Budgetposten für die Volksbücherei, Kunstführungen und Preise, sowie für die städtischen Sammlungen und das Uhrenmuseum sind unverändert. Die städtischen Sammlungen haben durch die Erwerbung des Bildes von Danhauser "Der Augenarzt", sowie durch den Ankauf von Altwiener Porzellan aus der Sammlung Mayer und einer Anzahl wertvoller Handschriften eine wertvolle Bereicherung erfahren. Für das Uhrenmuseum wurde die Cajetan'sche Uhr angekauft. Bei der Post Wahlangelegenheiten ergibt sich ein Mehrerfordernis von rund 130.000 Schilling, das seine Begründung in den Kosten für die Neuanlage der Geschworenen-, Schöffen- und Wählerlisten hat. Die Erhöhung der Post "Rechtsgeschäfte" um 6000 Schilling ist durch das Steigen der Zahl der Rechtsstreitkräfte erklärt. Für die Ehrengabe für goldene Hochzeiter werden um rund 6000 Schilling, wie bisher ausgegeben. Die goldenen Hochzeiter bekommen ein Diplom in Goldrahmen und eine Kasette mit 50 Silberschilling. Die Verleihung des Ehrenringes wird sicherlich von alten verdienstvollen Funktionären der Gemeinde angenehm empfunden. In der nächsten Zeit wird dem Gemeinderat eine Vorlage unterbreitet werden, die die Schaffung eines städtischen Gewerbeförderungsamtes vorsieht.

Stadttrat Linder berichtet nun über das Ergebnis der Untersuchung über die Ausrückung der Feuerwehr zu dem Brande in der Hernalsr Hauptstrasse 34. Er stellt fest, dass alle auf das genannte Feuer bezughabenden Anzeigen in der Feuerwehrzentrale von 6:17 Uhr bis 6:23 Uhr registriert sind. Die Zeitangabe des Depeschenprotokollbes der Feuerwehrzentrale und der Hauptwache stimmen überein, da die Uhren der Feuerwachen von der Sternwarte zentral synchronisiert werden. Bei der Feuerwehr besteht die Einrichtung, dass die Polizeidirektion unmittelbar nach der Abfertigung eines jeden Alarms mit einer eigenen direkten Telegraphenverbindung von der erfolgten Ausrückung verständigt wird. Diese Anzeige der Feuerwehrzentrale ist in der Polizeidirektion um 6:20 Uhr registriert. Daraus geht hervor, dass die Registrierung der Zeitangabe des Einlaufens der ersten Meldung um 6:17 Uhr richtig ist. Es hat sich durch das Ergebnis dieser Untersuchung nun neuerlich ergeben, dass die Schlagfertigkeit unserer Feuerwehr auf der Höhe ist. (Beifall bei der Mehrheit).

GR-Dr. Kolassa (E.L.) beantragt zunächst die Drucklegung der Sitzungsprotokolle des Wiener Gemeinderates sowie die Veröffentlichung einer Liste der in den Gemeindeverband aufgenommenen Parteien, im Amtsblatt der Stadt Wien. Der Redner bezeichnet dann die überaus hohen Ausgaben für die Gemeindegewache als höchst überflüssig. Die Gemeindegewache ist ihrem Hass gegen die Bundespolizei entstanden, weil diese sich am 15. Juli ihren Wünschen nicht gefügt hat. Die Gemeindegewache kann nie ihren Zweck erfüllen, weil ihr die Möglichkeit der Exekutive fehlt. Es wäre daher am zweckmäßigsten, die Post überhaupt zu streichen, woraus wir auch ersehen würden, dass Sie endlich einmal mit der Hetze und dem Hass gegen die Polizei ein Ende machen wollen. Schliesslich wünscht GR-Dr. Kolassa, dass die Gemeinde mehr als bisher die Kunst fördern möge. (Beifall).

GR-Stöger (E.L.) beschäftigt sich vorwiegend mit den Verhältnissen bei der städtischen Feuerwehr. Die Kosten für die Radioanlagen bei der Feuerwehr stehen in keinem Verhältnis zu ihrer Leistung. Es wäre auch sehr wünschenswert, dass endlich einmal den Kabeln mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden würde. Weiters sollen die Feuerwehrmänner mit entsprechenderen Monturen ausgestattet werden. Nach Bränden langen bei der Feuerwehr sehr oft Spenden für die Mannschaft ein. Diese wurden früher in einem Mannschaftsspendenfond gesammelt, der dann zu Weihnachten verteilt wurde. Heute werden diese Spenden in Rum umgesetzt, und wenn eine Mannschaft von einem Brand eindruckt, geht dann die Rumflasche um. Schliesslich betont der Redner, dass die Personalpolitik bei der städtischen Feuerwehr eine ganz verlogene ist.

Gegenüber den Berufungen der Mehrheit auf ausländische Beispiele, verweist der Redner auf das Berliner Beispiel, wo eine ganze Reihe von Feuerwehren neu organisiert worden ist. Und zitiert den Ausspruch des Branddirektors von Berlin als diesem von der Auflösung der freiwilligen Feuerwehren in Wien Mitteilung gemacht wurde, dass könne nur ein Phantast gemacht haben. Sorgen wir dafür, sagt der Redner, dass die Feuerwehr wieder gesunde und dass sie jene Höhe erreiche, die sie Jahrzehnte lang inne gehabt hat. Der Redner richtet an den amtsführenden Stadtrat das Ersuchen dafür zu sorgen, dass ein möglichst grosser Teil der Feuerwehrmannschaft, natürlich ohne Beeinträchtigung der Sicherheit des Weihnachtsfriedens teilhaftig werde. Wegen der geschilderten Misstände ist es uns heuer nicht möglich für den Voranschlag dieser Gruppe zu stimmen, wir hoffen aber, dass es unter der neuen Leitung möglich sein wird, im nächsten Jahr den Voranschlag zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Stadttrat Linder dankt in seinem Schlusswort zunächst der Opposition für ihre sachlichen Ausführungen. Er antwortet sodann auf die Bemerkungen des Gemeinderats Stöger über die Feuerwehr. Wir sind uns der Wichtigkeit der Kabelbewachung und der ständigen Überprüfung der Feuermelder bewusst und es werden auch die Kabel und Feuermelder täglich von geschulten Organen der Gemeindegewache begangen. Jeder Feuerwehrmann hat vier Garnituren. Was die vom Gemeinderat Stöger zitierte angebliche Aeusserung des Berliner Oberbranddirektors anbelangt, so hat sich unser Branddirektor, da schon einmal eine solche angebliche Aeusserung hier wiedergegeben wurde, an den Berliner Oberbranddirektor gewendet und dieser hat erklärt, niemals eine solche Aeusserung gemacht zu haben. Die Anträge des GR-Kolassa bittet Stadttrat Linder abzulehnen, da hiedurch eine Belastung von etwa 120.000 Schilling erwachsen würde. Dass die Kunstpreise mit 9000 Schilling sehr gering bedacht sind, ist richtig. Wir wollen aber den Künstlern weniger durch Zuwendung von Geldbeträgen helfen, da die Künstler selbst nicht Almosen wünschen, wir unterstützen die Wiener Künstler vornehmlich durch die Wohnhausbauten, durch die Aufstellung von Plastiken und durch die Anbringung von Wandgemälden in den Wohnhausbauten. Das ist eine würdige Unterstützung der Kunst. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Voranschlag der Gruppe VII wird angenommen, die Anträge Dr. Kolassa werden abgelehnt.

Vizebürgermeister Emmerling referiert über den Voranschlag und die Wirtschaftspläne der Unternehmungen pro 1929. Für das Jahr 1929 werden insgesamt Einnahmen von 339 Millionen veranschlagt, denen Ausgaben von 340 Millionen gegenüberstehen. Alle Unternehmungen, mit Ausnahme der Strassenbahnen werden voraussichtlich Überschüsse ausweisen. Nach wie vor wird der Überschuss den Unternehmungen mit Ausnahme des Brauhauses und der Gewista zum Ausbau der Betriebe überlassen. Nach wie vor bauen wir unseren Voranschlag nach dem Grundsatz der Selbstkostendeckung auf. Wir haben seit Jahren keine Tarifänderung vorgesehen, obwohl die Ausgaben von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Wir haben in den letzten Jahren alle Mehrausgaben im Budget unterbringen können. Ein Teil der Mehrbelastungen wird durch Oekonomisierung der Betriebe, durch die wirtschaftliche Betriebsführung, ein Teil durch die Entwicklung der Unternehmungen hereingebracht. Für das Jahr 1929 haben wir wohl mit den durch die Erhöhung der Frachtsätze bedingten Mehrausgaben zu rechnen, die sehr schwer unterzubringen sein werden und daraus möge man ersehen, wie notwendig es ist, dass wir in unserer Bilanz gewisse Rücklagen haben. Vizebürgermeister Emmerling bespricht sodann die Investitionen und teilt mit, dass von dem Erlöse der Donauanleihe ungefähr 41.9 Millionen im Jahre 1929 zur Ausgabe gelangen, wobei es sich zum Teil um Zahlungen für Anschaffungen handelt, die schon in früheren Jahren beschlossen worden sind, zum Teil um Neuananschaffungen.

4
Der Referent bespricht nun die Voranschläge der einzelnen Unternehmungen. Das Elektrizitätswerk rechnet im Jahre 1929 mit einer Stromerzeugung von 566 Kilowattstunden, das sind um 85 Millionen mehr als 1928 vorgesehen war. Aus dem Erlös der Dollaranleihe für die Elektrizitätswerke 17,2 Millionen Schilling investiert. Hier wird insbesondere der Ausbau des Leitungsnetzes betrieben. Beim Gaswerk wird mit einer Erzeugungssteigerung von 20 Millionen Kubikmeter gerechnet. Die Investitionen werden rund 17 Millionen Schilling ausmachen. Bei den Strassenbahnen ergibt sich ein Abgang von 2,5 Millionen Schilling. Wegen Beseitigung dieses Abganges werden den zuständigen Körperschaften zeitgerecht Vorschläge erstattet werden. Wir befassen uns mit einer Reorganisation des Betriebes und untersuchen genau, wo etwas zu ersparen ist. Kein Zweig des Betriebes wird davon ausgenommen. Wenn mit diesen Ersparungen der Abgang nicht gedeckt werden kann, dann müsste freilich eine entsprechendere Regulierung der Tarife vorgenommen werden. Aber wir wollen zunächst den lückenlosen Nachweis erbringen, dass alles was überhaupt möglich war, geschehen ist, um eine Erhöhung des Fahrpreises zu vermeiden. Anfangs Jänner werden bereits die neuen Autobusse verkehren. Auch der Wagenpark der Strassenbahn wird unablässig vermehrt. Im Jahre 1928 sind 185 grosse moderne Wagen dazugekommen, bis Ende März 1929 werden weitere 110 geliefert und Ende April kommen noch 85 dazu. Die Strassenbahnen investieren im kommenden Jahr 23,7 Millionen Schilling, davon entfallen 4 Millionen Schilling auf die elektrische Stadtbahn.

Redner tritt dann noch den Gerüchten über den Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien entgegen und erklärt, dass davon keine Rede sein könne. Die städtischen Unternehmungen sind durch ihre Politik, die auf dem Prinzip der Selbstkostendeckung für die Monopole aufgebaut ist, zu volkswirtschaftlich nützlichen Einrichtungen geworden. Die Voranschläge geben ein Bild der ungeheuren Entwicklung dieser Betriebe. Sie können mit ruhigem Gewissen beschlossen werden. (Beifall)

GR. Zimmerl (E.L. ?) teilt mit, dass kürzlich im Ausschuss für die städtischen Unternehmungen die Liquidierungsbilanz der Ybbstaler-Steinkohlenwerke vorgelegt wurde. Sie stand schon vor Monaten auf der Tagesordnung, ohne erledigt zu werden. Nun wurde sie doch in der letzten Sitzung vorgelegt. Es ergibt sich nun folgender Tatbestand. Die Gemeinde Wien war an dieser Aktiengesellschaft beteiligt. Sie hatte die Mehrheit der Aktien. Der Betrieb wurde nicht sachgemäss geführt, worauf die Arbeiterschaft selbst aufmerksam gemacht hat. Mit dem Vorbesitzer, einem Herrn Demajo wurde ein sehr ungünstiger Vertrag abgeschlossen. Als der Betrieb nicht mehr zu halten war, hat der Verwaltungsrat mit den Stimmen der Christlichsozialen die Liquidierung beschlossen. Herr Demajo hat dann Ansprüche erhoben, die zu einer Reihe von Prozessen führten. Schliesslich hat man den Mann für seine Forderung von 2,8 Milliarden Kronen, Immobilien im Werte von sechs Milliarden überlassen. Die Gemeinde, respektive das Elektrizitätswerk war der einzige unbefriedigte Klubiger, der an die Aktiengesellschaft Forderungen von 9,3 Milliarden zu stellen hatte. Um nun die Liquidierung durchführen zu können, mussten die Elektrizitätswerke auf ihre Forderung verzichten. Davon hat man aber dem zuständigen Ausschuss kein Wort gesagt. Die Elektrizitätswerke haben das Kohlenkonto um 9,3 Milliarden belastet und man hat die Sache so dargestellt, als ob die Kohlen aus dem Ybbstaler Werk um diesen Betrag teurer eingekauft worden wären. Ich kann das nicht anders bezeichnen, als eine offenkundige Fälschung der Bilanz. (Beifall bei der Minderheit). Ich erkläre hier, dass ich selbst vom Landtag die Auslieferung verlangen werde, um nachweisen zu können, dass die Bilanzen der Unternehmungen gefälscht sind, sollte mich der Schuldige belangen. Ich habe im Ausschuss damals den Antrag gestellt, diese Bilanz zurückzustellen. Aber Vizebürgermeister Emerling hat in seiner Sickerköpfigkeit und Leichtfertigkeit den Antrag ablehnen lassen. Ich bin also gezwungen gewesen, die Sache im Gemeinderat vorzubringen.

Die Buchungen dürfen unter keinen Umständen gefälscht werden. Im Organisationsstatut für die städtischen Unternehmungen ist die Kompetenz der PHlle genau festgesetzt, die vor den Gemeinderat oder vor dem zuständigen Ausschuss kommen müssen. Von dem Verlust von über neun Milliarden hat man den Ausschuss aber keinerlei Mitteilung gemacht. Auch der Kontrollratsbericht hat den Verlust festgestellt, er ist also kaufmännisch, finanztechnisch und juristisch ausser Frage. Wenn man Stadtrat Breitner auf solche Dinge aufmerksam macht, zeigt er sich dafür dankbar. Vizebgm. Emmerling aber ist jedem vernünftigen Vorschlag unzugänglich. Die städtischen Unternehmungen werden nicht nach rechnerischen Grundsätzen geführt, ihre Grundsätze muss man vielmehr als kaufmännische Hochstaperei bezeichnen. Um weitere Schäden zu verhüten, muss entweder Vizebgm. Emmerling unter Kuratell gestellt oder von seinem Posten als amtsführend Stadtrat entbunden werden. Es ist ausser Zweifel, dass Stadtrat Breitner der Oberamtsführende Stadtrat ist. Er hat die unbedingte Pflicht hier Ordnung zu machen. Wenn ein solcher Verlust da ist, müssen Sie den Mut haben, für seine verfassungsmässige Deckung zu sorgen. Ich werde einen diesbezüglichen Antrag einbringen und erkläre, wenn Sie diesen ablehnen, wir uns alle nach der Verfassung anderweitig gegebenen Schritte vorbehalten. Der Redner stellt den Antrag: Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass sich anlässlich der Liquidierung der Klostaler Steinkohlenwerke ein ungedeckter Verlust von 9 37 Millionen Kronen ergeben hat, für dessen Deckung der Gemeinderat eintreten muss. Der amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird beauftragt, für die Deckung des Verlustes nach den Vorschriften der Verfassung dem Gemeinderate die entsprechenden Anträge zu stellen. (Beifall bei der Minorität).

GR. Schalz (E.L.) führt Beschwerde über die Behandlung der Konsumenten durch die städtischen Unternehmungen. Diese machen geradezu schon jüdische Geschäfte. Nach dem der Redner beantragt hatte, den Konsumenten von Gas und elektrischen Strom die seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen nur in natura zurückzusetzen, teilt er mit, dass der Tagbau Zillingdorf vor etwa acht Wochen einem Subpächter übergeben worden ist. Er verlangt darüber Aufklärung. Die Dollaranleihe wird schlecht verwendet, es werden noch immer namhafte Investitionen zum grössten Teil aus Betriebsmitteln bedeckt. Der Redner wendet sich sodann den Zuständen bei den städtischen Strassenbahnen zu und erklärt, dass diese der am schlechtesten geführte Betrieb ist. Hinsichtlich Geschwindigkeit, Bequemlichkeit und Belastung der Strassen entsprechen die städtischen Strassenbahnen schon lange nicht mehr den Anforderungen die die Grosstädter und eine Grosstadt an sie stellt. Die Strassenbahnwagen werden nicht ordentlich gereinigt. Die Heizkörper sind aus den Wagen schon lange entfernt worden und nun die Holzverachtungen sind übriggeblieben. Nach unseren Erfahrungen mit den Autobussen zweifeln wir daran, ob wie versprochen wirklich neue Strassenbahnwagen bald in Betrieb kommen werden. Der Redner unterzieht sodann die neuen Autobusterife einer Kritik und bemängelt es, dass diese Tarife teurer sind als die der deutschen Städte und dass wir bei all dem noch mit dem Besten schlechter daran sind. Er erklärt schliesslich gegen den Voranschlag zu stimmen (lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Minorität).

GR. Vizebgm. Hoss (E.L.) findet es nicht nötig, dass immer so sehr betont wird, dass wir neben den Wasserkraftwerken auch noch kalorische Werke haben. Auch wenn wir Wasserkraftwerke in dem Umfange haben werden, wie wir sie brauchen, werden wir daneben mehrere kalorische Werke haben müssen. Die entscheidende Frage ist, dass zwischen beiden Gruppen von Werken ein zweckmässiges Verhältnis besteht und dass die einzelnen Werke zweckmässig verwendet werden. So sehr die Zahl der Abnehmer zu begrüssen ist, es doch nicht recht einer Gemeinde würdig, dass Agenten in die Häuser geschickt werden, die Aufgabe der Gemeinde ist es zunächst, Kraft abzugeben nicht aber den Verschleiss von Artikeln selbst zu besorgen oder Artikel in Provision zu nehmen. Dass der Strom verbilligt worden ist, ist keine Zauberei, das ist auf den technischen Fortschritt zurückzuführen. Die in Aussicht genommene Reorganisation bei den Strassenbahnen halten wir für zweckmässig, nur haben wir kein rechtes Vertrauen dazu, da man sich erst in dem Moment, wo sich eine so schlechte Situation bei den Strassenbahnen ergeben hat, daran schreiten will. Schon vor Jahren hätte man sehen müssen, dass sich die Verhältnisse bei der Strassenbahn ungünstig entwickeln. Der Grund für die misslichen Verhältnisse bei der Strassenbahn liegt ebenso wie beim Lagerhaus in der Personalpolitik. Wenn nicht eine vernünftige Personalpolitik eintritt, wenn nicht jemand herkommt, der eine Reorganisation in grossem Stillschleppen durchführt, wird es bei der Strassenbahn nicht besser werden. Es wäre nur zu wünschen, dass mit der Reorganisation bald begonnen wird. Vizebgm. Hoss bringt sodann Beschwerden wegen Überfüllung der Strassenbahnwagen namentlich auf der Floridsdorferstrecke vor und bemängelt, dass die Stromstörungen sich in der letzten Zeit in einer so starken Masse häufen. Es ist eine allgemeine Klage, dass die festgesetzten Intervalle nicht eingehalten werden. Der Redner bespricht sodann ausführlich die Verkehrsverhältnisse im XXI. Bezirk und gibt der Meinung Ausdruck, dass sich die Verkehrsverhältnisse dort solange nicht bessern werden, solange die Reichbrücke nicht für eine zweigleisige Strassenbahn ausgebaut ist. Es wäre daher auch die Pflicht des Referenten der Gruppe VIII sich für den Umbau der Reichbrücke einzusetzen. Vizebgm. Hoss bringt sodann Wünsche auf Besserung der Fahrtmöglichkeiten von Floridsdorf herein und von der Stadt nach Floridsdorf hinaus vor und wünscht die möglichst baldige Inbetriebsetzung der neuen Autobusse. (Beifall bei der E.L.)

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

Die Spezialdebatte wird morgen um 15 Uhr fortgesetzt.